

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 5

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

hat Überblick über Teile der Produktion. Das sind doch verheißungsvolle Aussichten. Wer Verantwortung kennt, wird eine längere Freizeit anders zu schätzen wissen, als der Hilfsarbeiter der rationalisierten Mechanik. Der Arbeiter könnte aufatmen, weil seine Anteilnahme an allen Äußerungen des Lebens wachsen wird. Eine neue Mittelschicht könnte entstehen, die sich durch selbständiges Denken und verantwortliches Handeln ausweist. Ein erweiterter Wohlstand muß sich zeigen, und für alle Menschen ergibt sich die Möglichkeit zur weiteren Entwicklung zu Persönlichkeiten, damit müßte das heutige allgemein geübte Massendenken verkümmern.

Dies sind keine Zukunftsphantasien; denn alles kann morgen schon wahr sein: wenn nicht das private Profitdenken und übertriebene patriotische Ideen die fortschreitende Entwicklung hemmen und in ein Unglück verwandeln.

Privates Profitstreben kann Vorteile einer Entwicklung eine Zeitlang nutzen. Die Automation muß diesem Streben aber widerstehen; denn Maschinen kaufen nicht. Behält man die bisherige Art wirtschaftlichen Denkens bei, so kann der heutige Besitzstand für die Zukunft nicht erhalten bleiben. Die rechte Benutzung von Geld und Besitz zur sinnvollen Entwicklung aller Menschen scheint so schwer zu sein, daß man fürchtet, es werde versucht werden, die neuen Methoden in alter Weise zu nutzen. Dann wird Automation sehr schnell über Arbeitslosigkeit und den Umsturz bestehender konventioneller Ordnungen zur Überführung großer Wirtschaftszweige in Gemeineigentum führen.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die Mai feiern wiesen dieses Jahr überall und trotz dem kalten, unfreundlichen Wetter eine erfreulich große Beteiligung seitens der werktätigen Bevölkerung auf. Die Demonstrationen standen durchweg im Zeichen des Kampfes gegen die Teuerung und für die Erhaltung des Reallohnes und der Vollbeschäftigung, für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens wie der Lasten des Staates, für den Schutz der Arbeiterschaft und ihre soziale Sicherheit. Die wuchtigen Kundgebungen im ganzen Land dürfen dem politischen Gegner wie den Behörden gezeigt haben, daß mit den Organisationen der Arbeiterschaft als einem gewichtigen politischen Faktor gerechnet werden muß, nicht zuletzt bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen über die künftige Finanz- und Steuerpolitik des Bundes.

Daß man nicht mehr einfach über die Köpfe der Konsumenten hinweg dekretieren kann, zeigten die Beschlüsse des Bundesrates über die *Milch- und Fleischpreise*. Die bäuerlichen Wirtschaftsverbände hatten bei allen Kategorien von großem Schlachtvieh eine Erhöhung der Richtpreise von 20 Rappen pro Kilo Lebendgewicht und bei den Schweinen eine Erhöhung um 10 Rappen pro Kilo Lebendgewicht gefordert. Der Milchpreis sollte um einen Rappen je Kilo unter der Voraussetzung erhöht werden, daß auch die Preise für Ackerbauprodukte im Laufe des Jahres eine Verbesserung erfahren, sonst um 2 Rappen. Die Bauern begründeten ihre Begehren mit dem Hinweis auf das Landwirtschaftsgesetz, das für einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse guter Qualität Preise in Aussicht stellt, die die mittleren Produktionskosten rationell geführter Betriebe im Durchschnitt mehrerer Jahre decken. Diese Begründung konnte jedoch deshalb nicht überzeugen, weil die Berechnungen der Produktionskosten seitens der landwirtschaftlichen Organisationen von den Jahren 1955, 1956 und 1957 ausgingen und für das vergangene und das laufende Wirtschaftsjahr im wesentlichen auf Schätzungen beruhten, die einen weiten Spielraum ließen. Die Abteilung Landwirtschaft selbst hatte errechnet, daß in den Jahren 1953 bis 1955/56 die bäuerlichen Lohnansprüche durch den durchschnittlich erzielten Arbeitsverdienst der Landwirte gedeckt waren. Angesichts des einhelligen Widerstandes bei den Arbeitnehmer- und Konsumentenorganisationen lehnte der Bundesrat vorläufig die Forderung nach einer Milchpreiserhöhung ab, beim großen Schlachtvieh gestand er eine Erhöhung von 15 bis 20 Rappen pro Kilo Lebendgewicht zu, bei den Schlachtschweinen soll eine Preiserhöhung von 10 Rappen pro Kilo Lebendgewicht erst Anfang September in Kraft treten. Diese bundesrätlichen Beschlüsse lösten bei den bäuerlichen Kreisen heftige Proteste aus. Statt der Klagen über mangelndes Verständnis für die Landwirtschaft wäre es nun aber wohl an der Zeit, wenn Bauernverband und Bauernsekretariat sich darüber Rechenschaft geben wollten, daß sie mit ihrer Agrarpolitik in eine Sackgasse geraten sind und das Einkommensproblem der Landwirtschaft nicht mehr einseitig mit Preiserhöhungen gelöst werden kann. Dieser Weg führt immer tiefer in den Teufelskreis hinein: Steigende Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel – Erhöhung der Milch- und Schlachtviehpreise – Lohnforderungen in Industrie und Gewerbe – neue Preiserhöhungen für Industrie und Gewerbe. So kann es nicht weitergehen. Eine Umstellung der bisherigen Methoden der Agrarpolitik ist unvermeidlich geworden. Niemand in der Schweiz denkt daran, den Bauernstand preiszugeben. Aber es wird immer dringlicher, neue Wege einzuschlagen und mit gezielter Agrarhilfe, Senkung der Produktionskosten und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebsweise jenem Teil der Bauersame wirklich zu helfen, der es am nötigsten hat, den Klein- und Mittelbauern.

Die Diskussion um die Agrarpreise hätte genügenden Anlaß gegeben, den «*Beratenden Ausschuß für Konjunkturfragen*» einzuberufen. Dies geschah aber erst nach den bundesrätlichen Beschlüssen. Man wollte offenbar heftigen Auseinandersetzungen zwischen Produzenten und Konsumenten ausweichen und die Differenzen vorläufig durch den Kompromiß des Bundesrates ausgleichen. Dafür beschäftigte sich dann der «Koordinationsausschuß» mit der besorgniserregenden Zunahme der Auftriebskräfte der Wirtschaft und erwog verschiedene Programmpunkte, die zu einer *Dämpfung der Konjunkturübersteigerung* führen könnten. Als erste Aktion hat hierauf der Bundesrat eine nochmalige Kürzung der Bauarbeiten des Bundes in Aussicht gestellt und an die Kantone und Gemeinden appelliert, ebenfalls größte Zurückhaltung bei der Behandlung ihrer Bauprojekte zu üben und eine Dringlichkeitsordnung für diese Bauvorhaben aufzustellen. Ferner wurde mit dem gleichen Ziel der Kommission für die Exportrisikogarantie empfohlen, bei der Stellung ihrer Anträge im Jahre 1957 eine Senkung der Garantieansätze anzustreben. Sekundiert wurde der Bundesrat durch die *Nationalbank*, die mit Wirkung ab 15. Mai den offiziellen Diskontsatz von 1½ Prozent auf 2½ Prozent und den offiziellen Lombardzinsfuß von 2½ auf 3½ Prozent erhöht hat, mit der Begründung, damit die Kaufkraft des Frankens und einen möglichst stabilen Geldwert zu erhalten.

Es ist zweifellos von höchster Dringlichkeit, den in den letzten Monaten stärker gewordenen inflationistischen Tendenzen entgegenzutreten. Daß die öffentliche Wirtschaft ihren Beitrag dazu leistet, geht in Ordnung, wie weit aber auch die Privatwirtschaft dazu bereit ist, bleibt abzuwarten. Ob die *Kreditverteuerungspolitik*, die nun durch die Maßnahmen der Nationalbank eine weitere Verschärfung erfahren hat, die Privatwirtschaft zwingen wird, einen überdimensionierten Industrieapparat einzuschränken, ist jedenfalls fraglich. Diese Maßnahmen berühren die finanzstarken Großbetriebe, die ihre umfangreichen Investitionen bekanntlich weitgehend selbst finanzieren, wenig, während die mittleren und kleinen Unternehmungen, die Landwirtschaft und die Mieter (durch Zinserhöhungen für Baukredite und Hypotheken) und die öffentliche Hand (erhöhte Anleihezinse für Kraftwerkbauten) schwer betroffen werden. Die Teuerung wird also von der Kreditseite her einen neuen Auftrieb erhalten und die Inflationsschraube eine weitere Drehung nach oben erfahren. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls allen Grund, darüber zu wachen, daß die behördlichen Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunkturüberhitzung nicht auf ihre Kosten erfolgen, sondern daß entsprechend der steigenden Produktivität der Wirtschaft ein möglichst großer Anteil des Volkseinkommens der Arbeit und nicht dem arbeitslosen Einkommen zufällt.

P. S.

Außenpolitik

Der Konflikt um den Suezkanal, der im letzten November die Welt an den Rand des dritten Weltkrieges gebracht hatte, geht zu Ende. Nachdem der bewaffnete Angriff Israels, Frankreichs und Großbritanniens durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer überwältigenden Mehrheit verurteilt worden war und die Angreifer den militärischen Rückzug angetreten hatten, war es klar, daß Nasser seinen diplomatischen Erfolg rücksichtslos ausnützen würde. Er diktierte denn auch einseitig die Bedingungen für die Wiederbenützung des Kanals. Durch die Bezahlung der Gebühren an Ägypten müssen die Benützerstaaten die volle Souveränität Ägyptens über den Kanal und dessen Nationalisierung de facto anerkennen. Fast alle Benützerstaaten haben sich, stillschweigend oder «unter Protest», diesen Bedingungen unterworfen. Großbritannien und Frankreich unternahmen noch den Versuch, einen Boykott des Kanals zu organisieren. Die Benützergenossenschaft lehnte jedoch an ihrer Sitzung in London einen solchen Plan ab und beschloß, ihren Mitgliedern die volle Freiheit zu lassen, den Kanal zu benutzen oder zu boykottieren. Die Regierung McMillan, durch die wirtschaftliche und finanzielle Lage gedrängt, fügte sich. Nur die Regierung Guy Mollet will durch Boykott des Kanals den Kampf gegen Nasser weiterführen und bringt den Suezkonflikt auf Grund der sechs Punkte, die als Kompromiß vom Sicherheitsrat aufgestellt und von Ägypten angenommen wurden, erneut vor den Sicherheitsrat der UNO. Die Bedingungen Ägyptens für die Benützung des Kanals weichen tatsächlich in einigen Punkten von diesem Kompromiß ab. Aber die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens waren die ersten, die durch ihre Kriegshandlungen, die zum Sturze Nassers führen sollten, diesen Kompromiß verletzt hatten. Wäre ihre militärische Intervention erfolgreich gewesen, so hätten sie wahrscheinlich die sechs Punkte des Kompromisses auch nicht als für sie bindend durchgeführt. Der Angriff auf Ägypten hat die Lage verändert und die Ausgangsposition Nassers verbessert.

Ob Frankreich den Boykott des Kanals allein und auf längere Zeit aufrechterhalten wird, ist fraglich. Die Finanzlage des Landes und die Konkurrenzinteressen seiner Wirtschaft werden Guy Mollet dazu zwingen, die Dinge realistischer zu beurteilen. Schon hat Großbritannien von Nasser die wesentliche Konzession erreicht, daß es die Gebühren in Pfundsterling bezahlen kann, und nicht, wie vorher von Ägypten angeordnet, in einer der harten Währungen.

Das Opfer dieses kriegerischen Abenteuers bleibt Israel. Die Spannungen zwischen ihm und seinen arabischen Nachbarn haben durch den siegreichen Sinai-Feldzug zugenommen. Ägypten weigert sich, die Schiffe Israels

durch den Suezkanal und durch den Golf von Akaba fahren zu lassen. Die Wiederherstellung der Waffenstillstandsbedingungen an den Grenzen Israels genügt heute nicht; ein Friedensvertrag muß an die Stelle des durchlöchernten Waffenstillstands treten. Dies durchzusetzen ist die dringende Pflicht der UNO.

Die jordanische Staatskrise zeigt, wie explosiv die Lage im Nahen Osten geblieben ist. Die Sowjetunion hat die Schwächung der Position von Großbritannien und Frankreich in der arabischen Welt benützt, um sich an ihre Stelle zu setzen und in dieses strategisch wichtige und rohstoffreiche Gebiet einzudringen. Ihre Waffenlieferungen an Ägypten und Syrien und die Einkreisung Jordaniens durch diese beiden unter wachsendem Einfluß Moskaus stehenden Staaten haben Amerika, das in diesem Gebiet gewaltige Ölinteressen besitzt, zu aktivem Eingreifen veranlaßt. Durch die Proklamierung der Eisenhower-Doktrin und die darin in Aussicht gestellte Hilfe sowie durch ihre Beteiligung an der militärischen Organisation des Bagdad-Paktes haben die Vereinigten Staaten die Expansion der Sowjetunion im Nahen Osten gestoppt. Der Staatsstreich des jungen Königs Hussein in Jordanien gegen Regierung und Parlament wurde durch eine Flottendemonstration der amerikanischen Marine unterstützt. Die Solidarität der arabischen Staaten ist gebrochen, die Regierungen Ägyptens und Syriens sind isoliert. Der Kreml hat, außer einer heftigen Propagandakampagne gegen die Eisenhower-Doktrin, nichts unternommen. Schepilow, der für die kurzfristige Bankrottspolitik verantwortliche Außenminister, wurde nach einer Amtsdauer von wenigen Monaten ersetzt.

Der Kampf zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten um die Hegemonie im Nahen Osten wird jedoch weitergehen und neue Spannungen verursachen. Die Nationen, die sich von dem alten Kolonialismus befreit haben, sind wirtschaftlich, finanziell und politisch nicht stark genug, um ihre neuerworbene Unabhängigkeit zu schützen. Sie geraten rasch unter den Einfluß einer der beiden Großmächte, die eine neue Art von Kolonialismus betreiben, ohne Vizekönige und Gouverneure, mit politischer Scheinunabhängigkeit, jedoch wirtschaftlicher Botmäßigkeit.

Die Frage der Abrüstung wird gegenwärtig in London im Rahmen der Subkommission der UNO für die Abrüstung diskutiert. Die Frage der allgemeinen Abrüstung und des Verbotes der Atomwaffen hängt in erster Linie von der Lösung der Kontrollfrage ab. Das gegenseitige, nur zu gut begründete Mißtrauen der Großmächte kann nur durch eine strenge gegenseitige Kontrolle behoben werden. Seit Jahren blockiert die Sowjetunion die Arbeiten der Abrüstungskommission der UNO durch ihre Weigerung, eine wirksame Kontrolle über ihr Territorium zuzulassen. Im Laufe der jetzigen Session der Subkommission der UNO hat die Sowjetunion in dieser Beziehung einen

wesentlichen Schritt getan. Ihre Vertreter haben dem seit 1955 von ihr konsequent abgelehnten und bekämpften Vorschlag Eisenhowers betreffend eine photographische Kontrolle aus der Luft prinzipiell zugestimmt. Die russische Regierung schlägt hierfür Versuchsgebiete vor. Diesen Vorschlag der Sowjetregierung hat die amerikanische Regierung sehr ernst geprüft und hält eine Einigung in dieser Frage für möglich. Es werden allerdings noch lange, schwierige Verhandlungen folgen müssen.

Inzwischen setzten die drei ATO-Mächte ihre *H-Bomben-Versuchsexplosionen* fort. Die Sowjetunion, die eine intensive Propaganda für das Verbot solcher Versuche macht, hat im Monat April nicht weniger als fünf H-Bomben in Sibirien zur Explosion gebracht. Trotz heftigem Protest der Labour Party hat die britische Regierung ihre erste H-Bombe in der Nähe der Weihnachtsinsel in Australien ausprobiert. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, neue Versuchsexplosionen in der Wüste Nevada durchzuführen. Das Resultat dieser vermehrten Explosionen ist eine zunehmende Radioaktivität der Luft in der ganzen Welt. Angesehene Wissenschaftler, Humanisten und Sozialisten erheben warnend ihre Stimme gegen die furchtbaren Folgen dieser Experimente für die Menschheit und vor allem für die kommenden Generationen. Die Militaristen haben jedoch für solche Mahnungen und Proteste kein Verständnis. Die öffentliche Meinung der Welt muß die drei Regierungen, nämlich der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens zum Verbot der Atomwaffe zwingen.

Die Zeit ist gekommen, wo der Bundesrat aus seiner Reserve heraustreten und die Initiative zur Verteidigung der Menschheit ergreifen sollte. Im Einverständnis mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz sollte er eine internationale Konferenz einberufen, um die Genfer Konventionen durch eine Sistierung der Atombombenexplosionen und ein Verbot der Atomwaffe zu ergänzen und zu vervollständigen. Die Ausgangslage für eine solche Konferenz wäre eine andere als die der Abrüstungskommission, bei der politische Gesichtspunkte die Hauptrolle spielen. Die Menschlichkeit und der Schutz der kommenden Generationen wären die Hauptmotive einer solchen Initiative. Wer in einer so ernsten Zeit schweigt, wird mitschuldig.

Sozialistische Erfolge haben unsere Bruderparteien in Österreich und in Großbritannien zu verzeichnen. Bei den Kommunalwahlen in England und Wales eroberte die Labour Party 361 neue Sitze; die Kommunisten verloren ihren einzigen Sitz in Wales. Dieser Erfolg bestätigt und erweitert die Erfolge der Labour Party bei den letzten Ersatzwahlen ins Parlament.

In Österreich mußte, nach dem Tode unseres Genossen Dr. Körner, ein neuer Staatspräsident gewählt werden. Der Präsident der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Adolf Schärf, wurde im ersten Wahlgang mit mehr als 51 Prozent der Stimmen gegen den gemeinsamen Kandidaten der bürger-

lichen Parteien, Dr. Denk, gewählt. Die Koalition der Neo-Nazi mit den Katholiken, die das Ziel hatte, einen überparteilichen bürgerlichen Kandidaten zum Staatspräsidenten zu machen, hat das Mißtrauen der Stimmberechtigten erweckt. Sie wollten das Gleichgewicht der Regierungskoalition zwischen Katholiken und Sozialisten nicht durch einen Sieg der Rechten gefährden. Wir gratulieren unseren britischen und österreichischen Genossen!

Auch Rückschläge sind leider zu melden. Die Erneuerungswahlen für das dänische Parlament brachten den Sozialdemokraten, die als parlamentarische Minderheit die Regierung bildeten, mit dem Verlust von 4 Sitzen einen Mißerfolg. Die sozialdemokratische Regierung hat daraufhin sofort ihre Demission eingereicht. Die «Sieger», die Liberalen und die Konservativen, besitzen jedoch keine parlamentarische Mehrheit; die Bildung einer neuen Regierung wird deshalb schwierig sein.

Auch *in Italien* sind die Arbeitermassen durch die Verzögerung der sozialistischen Einheit zwischen der Sozialdemokratischen Partei Saragats und der Sozialistischen Partei Nennis enttäuscht worden. Beide Parteien haben bei den letzten Wahlen in einer Anzahl Gemeinden Stimmen verloren. Saragat weigerte sich, die Unabhängigkeit seiner Partei gegenüber der Regierungskoalition zu verwirklichen. Der kommunistenfreundliche Flügel der Sozialistischen Partei hinderte Nenni, den Bruch mit den Kommunisten zu vollziehen. Matteo Matteotti, der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, und seine Mitarbeiter demissionierten. Saragat, der infolgedessen befürchtete, am kommenden Parteitag in Minderheit versetzt zu werden, mit den anderen sozialdemokratischen Ministern die Regierung verließ und den Parteitag auf den Herbst verschob.

In der Sowjetunion, in China und Polen hat der Kampf gegen die Bürokratie und den übertriebenen Wirtschaftszentralismus begonnen. Der Parteisekretär Chruschtschow setzte im Laufe einer kurzen Session des Obersten Sowjets der Sowjetunion einen großen Dezentralisationsplan durch. Mehr als 30 Wirtschaftsministerien wurden aufgelöst; die Verantwortung für die Produktion soll in Zukunft bei den lokalen und regionalen Behörden liegen. Die Arbeiter bekommen jedoch kein Mitspracherecht in der Verwaltung der Betriebe; der Kampf gegen die Bürokratie soll durch die Bürokratie geführt werden. Unter diesen Umständen wird die Dezentralisation nur eine Verschiebung der Bürokratie von Moskau nach den Provinzen bedeuten, wo sie noch weniger kontrollierbar sein wird. Das Problem kann nicht durch administrative bürokratische Maßnahmen gelöst werden. Mao Tse-tung, der in China den gleichen Kampf gegen die Bürokratie führt, hat den Mut gehabt, zu erklären, das Interessenkonflikte zwischen der Staats- und Parteibürokratie einerseits und den Arbeitermassen andererseits entstehen können; weil die Bürokratie sich von den werktätigen Massen entfernt und entfremdet hat.

Es sind also Klasseninteressen, die in Konflikt geraten, da sich zwischen den Werktätigen und der Bürokratie eine Klassendifferenzierung entwickelt hat. Die Bürokratie ist eine neue privilegierte, herrschende Klasse geworden, die durch die Arbeit der werktätigen Massen besser lebt. Die Konflikte sind der Ausdruck des Klassenkampfes der Werktätigen gegen ihre Ausbeutung durch die neue privilegierte Klasse.

Mao Tse-tung hat nicht alle diese Schlußfolgerungen gezogen; aber seine Analyse der sozialen Gegensätze zwischen Bürokratie und werktätigen Massen führt zu ihnen hin. Aus dieser Perspektive hat er auch die Politik der Sowjetunion in Ungarn kritisiert. Der Prozeß geht weiter. Unter diesen Umständen kommt dem Kongreß der Arbeiterräte in Jugoslawien, der für den Juni geplant ist, eine besonders große Bedeutung zu. JHD

Blick in die Zeitschriften

Eine Gruppe sozialistisch denkender evangelischer Soziologen und Moraltheologen aus mehreren europäischen Ländern führte kürzlich in Bentveld (Holland) eine Aussprache über *Christentum und Sozialismus* durch. Die Ergebnisse wurden in Thesen zusammengefaßt, die in Heft 2 der Zeitschrift *«Die neue Gesellschaft»* (Bielefeld) veröffentlicht sind. Im ersten Teil wird unter dem Stichwort *«Bemerkungen zur Zeitanalyse»* unter anderem folgendes gesagt:

«Der Sozialismus hat keineswegs schon ‚sein Soll erfüllt‘. Sorge und Elend herrschen in weiten Gebieten der Erde. Seelische Not bedrängt auch in reichen Ländern große soziale Gruppen... Die fortschrittliche Industrialisierung enthüllt erst in unserem Jahrhundert alle ihre Chancen und Gefahren. Das gilt für ihre alten Erscheinungsformen und läßt sich besonders von den neuen sagen (Automation, Atomenergie, ungeheure Beschleunigung des Verkehrs)... In dieser Situation der Zeit muß der Sozialist erkennen, daß wesentliche Gefahren der Industrie-Gesellschaft mit ihr als solcher und nicht nur mit besonderen Formen ihrer Ordnung (kapitalistischen, faschistischen, bolschewistischen) zusammenhängen. Unser Jahrhundert enthüllt, daß Organisation das Schicksal der Menschheit in der Epoche der Industrialisierung ist. Organisation bedeutet nicht nur Einordnung in ein Gefüge von Regeln des Verhaltens; sie bedeutet stets auch Unterordnung unter den Willen physischer Personen mit allen ihren menschlichen Unzulänglichkeiten. Demokratie zieht der Willkür dieser Menschen zwar Grenzen, vermag sie aber nicht auszuschließen. Auch eine von Klassenherrschaft befreite künftige Industriegesellschaft wird vom Bösen bedroht sein. Es kann daher keineswegs einen Automatismus geben, der eine ‚Gesellschaft der Freien‘ garantiert. Diese Situation verpflichtet den Sozialisten, solche Mittel der Neugestaltung der Gesellschaft zu wählen, die den Gefahren aus dem Wesen der Industrie-Gesellschaft und nicht nur den Gefahren aus der jeweiligen besonderen Ordnung dieser Industrie-Gesellschaft entgegenwirken. Er muß radikaler als bisher denken.»

In einem zweiten Teil unter dem Stichwort *«Grundentscheidungen des Sozialisten»* heißt es dann: «Der freiheitlich-demokratische Sozialist schätzt den Menschen um seiner selbst willen und nicht als bloßes Mittel irgendwelcher ‚Zwecke der Gesellschaft‘ oder gar einzelner sich als ‚Elite‘ ansehender sozialer Gruppen. Nicht derjenige, der die